

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,
Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Arnold, Dresden.

Legungspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Weimarerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 13 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weimarerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Reklameweile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die halbspaltige Reklameweile 20,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 77

Dresden, Freitag den 31. März 1922

33. Jahrg.

Das Vertrauensvotum für Wirth

Noch lange nach Beginn der Sitzung des Reichstages war die Fraktion der Deutschen Volkspartei versammelt, bis sie sich mit den Regierungsparteien auf eine gemeinsame Erklärung einigte, die von der Regierung Wirth als Vertrauensvotum angenommen werden konnte. Ehe es zu der entscheidenden Abstimmung kam, hörte das Haus eine kluge und ruhige Rede des Führers der Bayerischen Volkspartei Leichter aus Bamberg. Dann sprachen Levi von der nun in die U. S. P. ausgetretenen A. A. G. und Frölich von der U. S. P. Niemand hörte ihnen zu. Ehe dann die Abstimmung kam, gab es eine endlose Reihe von Fraktionserklärungen. Der Deutschnationale Herrgott versuchte den Reichsführer noch einmal zu einer Rede herauszufordern. Der Kanzler aber schweig. Er und Rathenau hatten sich wohlhablich schon mit großer Deutlichkeit geäußert. Herrgott hielt dann die nun schon üblich gewordene Einheits- und Einheits-Erklärung der U. S. P. mit dem mutigen Schlusse: Wir enthalten uns!

Nun erhob sich Stresemann. Das ganze Haus erwartete mit Spannung seine Worte. Sie waren ein einziger Liebesbrief gegen die Deutschnationalen:

Ich bedaure, daß in dieser Situation die Deutschnationalen im allerletzten Augenblick weittragende Anträge eingebracht haben. Wir haben bei der Debatte über die Note der Reparationskommission zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig sei, hinter das „Nein“ der Regierung eine möglichst breite Front des Reichstages und des deutschen Volkes zu setzen. Darum stimmen wir der Entschließung zu, die die Verwirklichung des Deutschen Reichstages gegen die unerhörten Forderungen der Reparationskommission betont und deshalb hinter die Erklärung der Regierung zu der Note der Reparationskommission tritt. Wir stehen auf dem Boden des Antrags des Zentrums und lehnen alle Forderungen ab. (Lebhafter Beifall.)

Herrgott versuchte, die benachbarte Volkspartei freundlich anzuregen, so antwortete ihm Stresemann mit einer ganz ungewöhnlichen Schärfe, die er, als die Deutschnationalen eine geteilte Abstimmung forderten, in einer späteren Erklärung noch verstärkte:

Der Antrag Wirth bildet zweifellos ein unteilbares Ganzes. Eine Trennung der Abstimmung ist für uns völlig unmöglich. Ich bedaure sehr, daß Sie (zur äußersten Rechten) eine derartige Haltung nicht verstehen.

Nach diesen politischen Höhepunkten sorgten Kommunisten und Deutschnationale für einige heitere Minuten. So einen von den ganz radikalen Wirth der U. S. P. vor, sie sei nichts anderes als die linke Flantendeckung der Regierung des Steuerhauses. Levi, der neugebackene U. S. P.-Mann, erwiderte unter minutenlangem Geheul des ganzen Hauses, sie hätten die ewige Zeitgenossenschaft mit den Deutschnationalen fest.

Der deutschnationale Führer Schulz erklärte darauf, sie seien nie mit der U. S. P. verheiratet gewesen.

Nach dieser Komödie erlebte das Haus einen der wichtigsten und packendsten Augenblicke, den dieser Reichstag bisher gekannt hat. Der bayerische Abg. Leichter ging die Stufen zur Regierungsbank hinauf, stellte sich neben den Kanzler und hielt in imponierender Ruhe, aber mit Worten, die wie Faustschläge wirkten, der Deutschnationalen Volkspartei ihre ganze Gewissenlosigkeit und ihr antinationalen Handeln in dieser schweren Stunde vor:

In diesem Augenblick muß ich mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß man das, was man durch den eigenen Antrag nicht hat erreichen können, nun in einer Weise zu erreichen sucht, durch die Zwietracht hineingetragen wird in die Kreise, die dem Ernst der Situation gerecht werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Die Abg. Herrgott und Helfferich bringen erregt von ihren Sitzen auf. Helfferich schlägt mit den Fäusten auf sein Pult und erregt in erregten Zwischenrufen. Darauf folgt ersterer stürmischer und langanhaltender Beifall bei der Mehrheit des Hauses, der von der äußersten Rechten mit ebenso stürmischen Zwischenrufen beantwortet wird. Abg. Leichter wartet hochaufgerichtet, bis der Beifallssturm und der Born der Deutschnationalen sich einigermaßen gelegt hätten, und wiederholte dann, Wort für Wort schwerbetonend, seine harten Anklagen gegen die Deutschnationalen:

Der Ernst der gegenwärtigen Situation, dem auch der Abg. Stresemann gerecht geworden ist, verlangt (Zurufe des Abg. Herrgott: Klarheit) und daß der Reichskanzler rede, daß unsere Anordnung nach Wirth durch die große Mehrheit des Reichstages einen Rückhalt bekommt, der ihre Position eine möglichst feste Stütze gibt. (Zwischenrufe des Abg. Helfferich; Gegenruf des Abg. Künzler: Schweigen Sie doch, Sie Herrgott!) Zuruf des Abg. Adolf Hoffmann: Ich unterbreite diese! Präsident Leichter erteilt den Abg. Künzler und Hoffmann einen Ordnungsruf. Die Ausführungen, die darauf hinausgingen, dem Antrag Wirth die Bedeutung eines Vertrauensvotums abzusprechen, zeigen, daß nicht die Mehrheit besteht, Klarheit zu schaffen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Widerspruch der äußersten Rechten. Unruhe.) Ich habe nunmehr den Sinn der Ausführungen der Mehrheit erkannt, daß die Abstimmung jetzt beginnen kann. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Noch lange ätzte die Bewegung über diese dramatische Szene auf allen Seiten des Hauses nach. Die Deutschnationalen standen zusammen und unterhielten sich aufgeregt über

diese Abstimmung durch eine Partei, mit der sie gerade in Bayern so enge Gemeinschaft haben. In zwei namenhaften Abstimmungen wurden dann die deutschnationalen Zusatzanträge abgelehnt und der Antrag Wirth und Genossen

Der Reichstag verwarf sich gegen die in den Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volk angebotenen unerträglichen Forderungen und billigt daher die von der Reichsregierung zu dieser Note abgegebenen Erklärungen

mit 248 Stimmen gegen 81 Nein-Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen. Das Haus nahm die Abstimmung ohne Kundgebungen auf. Es trat dann in die Beratung des Notetextes ein und hat bei Abschluß dieses Berichtes in der 9. Abendstunde die Absicht, noch einige andre Gegenstände der überreichen Tagesordnung zu erledigen.

Die Abstimmung

Der Zufall will es, daß die Regierung Wirth in Reichstag eine genaue Zweidrittel-Mehrheit erreicht hat. 248 Stimmen lauteten auf ja, das sind zwei Drittel, 81 auf nein und 43 auf Enthaltung; das sind zusammen 124, also genau ein Drittel.

Die 248 Ja-Stimmen kamen von der Sozialdemokratie, den Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei. Die 81 Nein-Stimmen kamen aus 60 deutschnationalen und 21 kommunistischen Stimmen. (A. P. D. und U. S. P.) Die 43, die blaue Fettel mit dem kugeln vorstehenden Wort „Enthalte mich“ waren natürlich Unabhängige.

Daß der Reichstag in dieser Situation der Regierung ein solches Vertrauensvotum geben mußte, war fürchterlich. Rächerisch und beschämend waren nur die Begleitumstände, unter denen dieses Vertrauensvotum zustande kam. Die Volkspartei fiel zweimal um, bevor es gelang, sie notwendig auf die Seite zu bringen. Erst wollte sie sich bei der Abstimmung über

ein Vertrauensvotum enthalten und gegen ein Vertrauensvotum stimmen. Die Fraktion hätte sich durch ein solches Geraden zu halten, nur vor der Furcht vor den Deutschnationalen hätte sie im schroffsten Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen seiner Führer gestellt. Erst knapp vor der Sitzung gelang es, die Volkspartei wieder zur Vernunft zu bringen. Sie erklärte sich grundsätzlich bereit, für ein Vertrauensvotum zu stimmen. Nun begann aber das alberne Verhandeln über den Text dieses Vertrauensvotums. Stundenlanges Geschwätz um „ein daher“ oder „danach“ oder sonst ein geistreiches Wort, das in den Text aufgenommen werden soll. Parlamentarischer Kleinbürgertum in Reinkultur!

Auch die Unabhängigen haben mit ihrem blauen Banner nicht gerade ruhmreich abgeschlossen. Denn wenn eine solche Abstimmung eine Willensklärung bedeutet, ob man die Regierung halten oder stürzen will, so ist es doch über alle Maßen klug, diese Enthaltungsgettel abzugeben, um damit zu sagen: „Das weiß ich nicht, aber „Das ist mir Witz!“

Als die Sitzung endlich in Fluß kam, wurde von Kommunisten beider Fraktionen in geradezu unerschämter Weise solche Zeit verbracht und vertrieben. Diese konfuse Gesellschaft scheint den Reichstag für ihre privilegierte Schwärzerei zu halten. Es war einfach langweilig und wurde erst am Schluß hochdramatisch, als der Führer der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular Leichter, den Deutschnationalen ihr hinterhältiges Treiben vorwarf. Wie da jedes Wort gleich einem Peitschenhieb sah, und bei jedem die Herren Herrgott und Helfferich getroffen in die Höhe schrien, das war ein Schauspiel, zu dem man am liebsten ganz Bayern zu Gast gebeten hätte. Die Bayerische Volkspartei steht jetzt im Reichstag in scharfer Kompfstellung gegen die Deutschnationalen. Auch die Volkspartei hat sich diesmal von ihnen getrennt. Sie wären ganz isoliert geblieben, wenn sich nicht die Kommunisten als Begehrten zu ihnen gestellt hätten. „Weltgenossen“ sagt Levi.

Feiertage der Republik

Nach den vollbesetzten Tribünen und Regierungspulven zu urteilen, stand ein „großer Tag“ zu erwarten, und die heiligmäßige Frage des 1. Mai und des 9. November sowie die Verdon des Justizministers ließen nach den Kritiken der bürgerlichen Presse denn auch unabweislich äußerst lebhaft Auseinandersetzungen vermuten. Das ist zwar nicht eingetroffen, wenigstens nicht in der Frage der Feiertage. Zunächst beantragten die Bürgerlichen eine dritte Lösung, offenbar in der Hoffnung, daß es vielleicht doch noch gelingen dürfte, das Gesetz nicht rechtzeitig zu verabschieden. Sehr stark muß ihr Glaube sowohl in bezug auf diese Absicht als auch in der Hoffnung, das ganze Gesetz durch einen Volksentscheid zu Fall zu bringen, nicht sein. Denn ihr Referent in dieser Frage, der Abg. Drescher, ließ in seinem Referat jedweden Schwung und die sonst autogekretene Kampfesfestimmung vermissen. Seine etwas matten Ausführungen beschränkten sich im wesentlichen darin, zu erklären, daß diese Feiertage nicht nur in weiten Kreisen des Volkes, sondern selbst auch in Arbeiterkreisen keinen Anklang fanden, und daß zudem ein Gleichmaß nicht das Recht habe, solche Feiertage zu schaffen. Seine Bemängelung, daß die Regierung nichts zur Begründung der Vorlage zu sagen gerufen habe und damit zeige, daß ihr das Gesetz selber unangenehm sei, wurde zwar sofort von dem Minister Genossen Hellwich zurückgewiesen.

Unser Sprecher, Genosse Wetke als Korreferent, hob sofort hervor, daß es sich in diesen Fragen um solche der Weltanschauung handle, die durch die politische Macht entschieden würden. Dann deutete er das unehrliche Spiel der Bürgerlichen auf, die es bisher so hinausstellen beliebten, als ob schon aus einer wirtschaftlichen Not neue Feiertage nicht eingeführt werden könnten. Schluß habe nicht nur zwei Feiertage bereits eingesetzt, sondern könne auch noch den dritten, den tatsächlichen Reformationsstag, einbehalten, so daß der existierende Arbeitsverlust völlig gedeckt sei. Durch diese Feiertage würde zudem ein bisher stark in die Erscheinung getretenes wirtschaftliches Streitobjekt beseitigt, das in der diejen Feiern vorausgehenden Erregung der Arbeitermassen stark hemmend auf die Arbeitsleistung gewirkt habe. Nicht unangenehm war es den bürgerlichen Herren, daß unser Sprecher gleichgültig auf die immer deutlicher sich hervorwagende Absicht des Unternehmers, den Arbeitstagen aufzugeben, hinwies und unabweislich erklärte, daß jeder derartige Versuch auf das allerentsetzlichste von der gesamten Kopf- und Handarbeiterschaft zurückgewiesen werde. Wohl müßte die Produktion gesteigert werden, aber das könne auf anderem Wege geschehen, als durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die Herren der Rechten machten in erster Linie dahin wirken, daß große, in den letzten Jahren reichgewordene Schichten ihren mühseligen erworbenen Reichtum nicht verdrängen, sondern ihn der Wirtschaft zuführen, und daß zudem eine größere kaufmännische und technische Durchorganisierung der Betriebe erfolge.

Sei der 1. Mai ein Symbol des sittlichen und kulturellen Strebens nach Überwindung der Ausbeutung und damit der Klassengegenstände und des Weltfriedens sowie der Beschäftigung der Arbeitszeit auf ein Maß, das der Arbeiterschaft ermöglichte, Kultur zu leben und Kultur zu geben, so

sei der 9. November für alle, die unter dem auf Ungleichheit, Privilegien und Geldlast aufgebauten alten System gelitten und für eine neue Staatsform gekämpft, ein Wendepunkt in der Geschichte, der trotz allen Geburtswehen und gegenwärtigen großen Nöten das Werden einer neuen besseren Zeit offenbare. Was der 14. Juli den Franzosen und der 4. Juli den Amerikanern seien, das solle der 9. November dem freiheitlich gerichteten, tatsächlichen Volke sein.

Den angeklügten Volkvertreider der Rechten fürchte die Linke nicht. Im Gegenteil, sie nehme den angebotenen Kampf hoffnungsvoll auf, weil für den Fall, daß er durchgeführt werden müßte, alle politischen Differenzpunkte der sozialistischen Parteien beseitigt, gehoben und die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kopf- und Handarbeiter geschlossen auf den Kampfplatz treten würden.

Die Nichtbeteiligung an einer Aussprache zeigte jedenfalls, daß man die Dinge ernst aufnahm und dem Handeln das Feld zu überlassen willens war.

Beim Kapitel Forsten wurde zum ersten Male von der Regierung angekündigt, daß seit etwa 35 Jahren an den tatsächlichen Wäldern Raubbau getrieben worden sei und deshalb der jährliche Holzschlag vermindert werden müsse. Das mag im Hinblick auf die gegenwärtig ganz besonders mitleidigen Finanzen des Staates äußerst bedenklich sein, doch schließlich kann keine verantwortungsvolle Finanzverwaltung den Quell ihres eigenen Wohlstandes verstopfen. Inwiefern die allseitig begrüßte Anregung, mit Ruhland zu einem Holzlieferungsvertrag zu gelangen und somit dem Holzmangel abzuhelfen, Erfolg haben wird, muß abgewartet werden.

Eine ganz unverständliche Haltung nahm die unabhängige Fraktion zu diesem Etat ein. Obwohl eine Eingabe der mittleren Forstbeamten, die nicht nur die ganze Forstwirtschaft, sondern das sich in ihr auswirkende Beamtenwesen anrollt, vom Finanzausschuß B für eine Sonderbehandlung zurückgestellt war, konnte sie es nicht unterlassen, diese bisher nicht behandelte Frage zum Gegenstand von Angriffen gegen den Finanzminister zu machen. Selbst die Laifade, daß ein Teil Waldarbeiter mit dem von ihrer Organisation mit der Regierung abgeschlossenen Tarifvertrag, der Stück- und Meißelohn vorsteht, nicht einverstanden ist, genügte diesen Herren, gegen den Minister vorzugehen. Unsere Genossen wiesen dieses unverantwortliche, auf reine Agitation eingestellte Verhalten einer Regierungspartei durch sehr deutliche Zwischenrufe mit aller Entschiedenheit zurück, und der Minister, Genosse Helldt, tat ein übriges, den Herren klar zu machen, wie sehr sie sich selbst in sachlicher Hinsicht verrannt hatten. Es zeigt sich hier das selbe Bild wie bei der Polizeivorlage und dem Schulbedarfsgesetz, bei dem diese Regierungspartei sich in finanzieller Unverantwortlichkeit dem Luxus leistete, die Pflichtstundenzahl auf 24 heraufzusetzen zu wollen. Es muß daher erneut offen ausgesprochen werden, daß auf diese Weise eine Politik nicht gemacht werden kann, soll die Regierung nicht der Lächerlichkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien preisgegeben werden.

Über die Beratung des Wirtschaft- und Justizetat bringen wir morgen einen besonderen Artikel.